



Brüssel, den 11. Oktober 2021
(OR. en)

12479/1/21
REV 1 ADD 1

JAI 1081
COPEN 372
DATAPROTECT 235
FREMP 243
COASI 151

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Nr. Vordok.:	12125/21
Nr. Komm.dok.:	9467/21 + ADD1
Betr.:	Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit Japan über die Änderung des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Japan über die Rechtshilfe in Strafsachen – Annahme

Erklärungen der Kommission für die Protokolle über die Tagungen des AStV und des Rates:

Erklärung zur Vorgehensweise bei den Verhandlungen:

„Die Kommission erachtet es als rechtlich unzutreffend, dass ein Ratsbeschluss zur Genehmigung der Aufnahme von Verhandlungen den Rat ermächtigt, anschließend während der Verhandlungen Verhandlungsrichtlinien zu erlassen, was entgegen den Verträgen und der Rechtsprechung des Gerichtshofs suggeriert, dass Verhandlungsrichtlinien für den Verhandlungsführer bindend wären. Die Kommission behält sich diesbezüglich all ihre Rechte vor.“

Erklärung zur Rechtsgrundlage:

„Nach Auffassung der Kommission ist es rechtlich unzutreffend, dass in einem Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen eine materielle Rechtsgrundlage angegeben wird.

Der Beschluss über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen beruht ausschließlich auf dem Bestehen von der Union übertragenen Befugnissen und nicht auf der Bestimmung einer spezifischen Zuständigkeit. Seine Wirkung beschränkt sich darauf, die Kommission bzw. den Hohen Vertreter zu ermächtigen, ihre Vorrechte nach den EU-Verträgen auszuüben, um Verhandlungen einzuleiten. Der Umfang dieser Verhandlungen wird daher durch den Umfang der Befugnisse der Union bestimmt. Im Übrigen kann die Freiheit des vorgesehenen Vertragspartners der Union hinsichtlich der Bestimmung des Umfangs der Verhandlungen nicht durch den Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen begrenzt werden. Deshalb kann die genaue Rechtsgrundlage für die künftige Übereinkunft erst bestimmt werden, wenn deren Inhalt bekannt ist.

Die Kommission behält sich diesbezüglich alle ihre Rechte vor.“
